



# WLP - NACHRICHTEN

MITGLIEDERZEITSCHRIFT DES WIENER LANDESVERBANDES FÜR PSYCHOTHERAPIE

Jg.4

Nr. 5/1996

**Sehr wichtig**

## Psychotherapie-Leistungen sollen reduziert werden!

Vor wenigen Tagen haben sich die Koalitionspartner auf ein Kassensparpaket geeinigt, das bis zum 12. Juli beschlossen werden soll. In der Öffentlichkeit am meisten bekannt sind die geplante Einführung einer Krankenscheingebühr von 50,- und die Erhöhung der Rezeptgebühr. Es enthält aber noch weitere, zum Teil drastische Einschnitte. Der relativ drastischste Einschnitt ist bei den Kostenerstattungen für Psychotherapie geplant:

**Die Ausgaben für Kostenrückerstattungen für Psychotherapie sollen um 50 Millionen gesenkt werden! Das bedeutet eine Reduzierung um ein Drittel!**

(vgl. Salzburger Nachrichten, 26.6.1996)

1992 gab es eine Beitragserhöhung um 0,2 Prozentpunkte, weil - neben der Pflegegelderrhöhung - für Psychotherapie 600 Millionen bereitgestellt werden sollten. 1993 gaben die Kassen 86 Mio. für Psychotherapie aus, im letzten Jahr geschätzte 140 Mio. Die Sozialversicherung hat also Einnahmen unter dem dezidierten Titel Psychotherapie eingenommen, sie aber anderswertig verwendet. Bei den letzten Kassenverhandlungen mit dem Hauptverband am 20. Juli wurde im beiderseitigen Einvernehmen beschlossen, die Verhandlungen bis Ostern 1997 zu unterbrechen, da die Standpunkte festgefahren waren.

### Geplante Methoden der Einsparung

Am schärfsten waren in den Koalitionsverhandlungen zum Kassensparpaket die ÖVP-VertreterInnen zugange. So wurde von ihnen etwa vorgeschlagen, den Zuschuß um 100,- zu senken. Das würde, nach Wegfallen der Mehrwertsteuer ab nächstem Jahr, einen Zuschuß von 200,- für die PatientInnen bedeuten!

Weitere Vorschläge, wie die Einsparungen realisiert werden sollen, gehen in folgende Richtung: Das Ausmaß drastisch einzuschränken. Das heißt: ziemlich willkürliche Festsetzungen, wie lange eine Therapie dauern darf; Versuche, PsychotherapeutInnen ohne eingetragene Zusatzbezeichnung die Qualifikation für die Anwendung der angegebenen Methode abzuspochen; sowie eine

geplante Zuordnung von Diagnose zu angewandter Therapiemethode (Zuordnung zu den Methoden, die angeblich am effizientesten bei der jeweiligen Diagnose wirken).

Die sozialdemokratischen Vertreter haben bei den Verhandlungen der letzten Tage diesen ÖVP-Vorstößen zumindest nichts entgegengesetzt und ihnen letztlich einstweilen doch zugestimmt. Auch auf die geplanten Psychotherapie-Maßnahmen trifft zu, was Gewerkschaft und Arbeiterkammer an anderen Maßnahmen kritisiert haben: Die Benachteiligung der sozial Schwachen, denen der Zugang zu therapeutischer Hilfe erschwert wird.

### Sinnvoll sparen

Es ist offensichtlich, daß die Krankenkassen handeln müssen. Tatsächlich droht ihnen, wenn sie wie bisher weiter machen, ein weiteres Milliarden-Defizit. Die Krankenkassen müssen sparen, das ist ihre kaufmännische Pflicht. Das Ungeheure an dem jetzigen Plan ist aber: *Die Koalition spart in erster Linie beim eigenen Denken.* Der vorgelegte Plan enthält keinerlei Reformen, keinerlei Strukturveränderungen. Nennt Paul Watzlawick eines der typischen neurotischen Muster: Mehr desselben - so handelt die Koalition genau nach diesem. Wenn den sozial Schwachen bisher Psychotherapie schon schwer zugänglich gemacht wurde, soll es nun jetzt erst recht unmöglich gemacht werden.

Statt vernünftigen strukturellen Veränderungen wird punktuell an Minimalausgaben des Budget für Gesundheit herumgefeilscht.

Dutzendfach ist in Studien und Untersuchungen aufgezeigt worden: Psychotherapie bringt, aufs Ganze gesehen, eine vernünftiger und sparsamere Verwendung der begrenzten materiellen Mittel.

Um ein Beispiel zu geben: Dr. Horst Ingruber, Verwaltungsdirektor des AKH, hat in einer Kosten-Nutzen-Rechnung aufgezeigt: Wird eine konventionelle interni-

stische Spitalsabteilung mit 200 Betten umgewandelt in eine psychosomatische, unter Einbeziehung psychotherapeutischer Behandlung, ergibt sich „bei vorsichtiger kaufmännischer Berechnung“ eine Einsparung von jährlich 115 Millionen. Dabei ist, wie er betont, „ein großer Teil des georteten Nutzens aus Mangel an Informationen nicht bewertet“. (vgl: M. Hochgerner, E. Wildberger: Psychotherapie in der Psychosomatik, Wien 1995).

Man muß sich mal die Relation verdeutlichen um das Ausmaß an Gedankenlosigkeit zu sehen: eine 200-Betten-Station kann mehr als 115 Millionen jährlich sparen, obwohl der Aufwand für psychotherapeutische Leistungen steigt.

Ein anderes Beispiel: Medikamente im Wert von 3 Milliarden landen jährlich in den Müllkübeln, teils ungeöffnet. Der Koalitionsplan sieht eine Einsparung im Pharmabereich um 1 Mrd. vor. Wie? Vor allem durch Preisabschläge, Senkung der Großhandelsspanne und auch verminderter Verschreibung. Daß aber die PatientInnen auch von sich aus Medikamente holen, diese dann doch wegschmeißen, gehört zum gleichen Phänomen wie die unnötigen Untersuchungen. Dahinter liegen doch aber zu allermeist seelische Vorgänge: Beachtung, Zuwendung, Angst. Eine sinnvolle und notwendige Reduzierung der

Arznei-Verschwendung kann mit psychotherapeutischer Aufklärung viel eher gelingen.

### **Gedankenlosigkeit gefährdet das Sozialversicherungswesen**

Selbstverständlich ist uns bewußt, daß die Umsetzung ganzheitlicher Gesundheitspolitik nicht so einfach und nicht am Schreibtisch erfolgen kann; daß Strukturen und Denkgewohnheiten sich ändern müssen. Und dies braucht Zeit. Allerdings muß die Zeit von den Verantwortlichen, die alles andere als eine leichte Aufgabe haben, auch sinnvoll genutzt werden.

Das österreichische Sozialversicherungswesen hat - in geschichtlichem Zusammenhang gesehen - eine große Tradition. Es grenzt an Tragik zu sehen, wie in der öffentlichen Diskussion der letzten Monate spürbar wurde: Die eingeschliffenen Denkgewohnheiten drohen den gefürchteten Kollaps des Gesundheitssystems eher zu beschleunigen denn zu verhindern.

Der WLP und der ÖBVP werden in den nächsten Tagen versuchen, eine Öffentlichkeit in dieser Frage herzustellen. Wir werden auch Gespräche mit PolitikerInnen führen.

**Wir ersuchen Sie, in den nächsten Tagen Briefe zu schreiben. Ein ungünstiger Zeitpunkt, jetzt zu Ferienbeginn. Doch weisen wir Sie auf die Dringlichkeit und das geplante Ausmaß an Einschränkung für die PatientInnen hin! Da das gesamte Paket auch in anderen Punkten umstritten ist, besteht noch eine Chance!**

Richten Sie kurze Schreiben an folgende Personen:

Bundeskanzler Dr. Franz Vranitzky Bundeskanzleramt, Ballhausplatz 2, 1014 Wien Vizekanzler Dr. Wolfgang Schüssel ÖVP-Zentrale, Lichtenfelsg. 7, 1010 Wien Sozialminister Franz Hums BM f. Arbeit und Soziales, Stubenring 1, 1011 Wien	Wirtschaftskammer-Präsident Johann Maderthaner ÖGB-Präsident Fritz Verzetnitsch AK-Präsidentin Lore Hostasch jeweils: Parlament, Dr. Karl Renner Ring 3, 1017 Wien Bundesministerin Dr. Christa Krammer BM f. Gesundheit, Radetzkystr. 2, 1031 Wien
---	--

Schreiben Sie, daß die geplante Einsparung um 50 Mio. krass dem Versorgungsauftrag widerspricht; vielen Menschen, gerade sozial Schwachen, die Therapie verunmöglicht und allen Erkenntnissen heutiger Gesundheitspolitik widerspricht.

Wenn Sie noch weitere Zeit haben, schreiben Sie bitte einen Leserbrief an Ihre Zeitung! Wir hoffen auch jetzt zu Sommerbeginn auf Ihre starke Unterstützung und ersuchen auch die Ausbildungsvereine, dazu öffentlich Stellung zu nehmen und danken für Ihr Mittun.

DSA Ingrid Farag  
WLP-Vorsitzende

Heinz Laubreuter  
WLP-Vorstand

Impressum: Medieninhaber und Herausgeber:  
WLP, 1010 Wien, Rosenbursenstr. 8/3/7  
Tel 512 61 73 Fax 512 70 914  
Redaktion: Heinz Laubreuter, Dr. Gerhard Stemberger  
Die Red. behält sich vor, Beiträge zu kürzen  
Layout: Maria Ruttinger, DVR 0738506, Auflage 1900  
Druck auf chlorfrei gebleichtem Papier  
Verlagspostamt: 1010 Wien, P.b.b

An:

DVR: 0738506

DSA Ingrid Farag  
Psychotherapeutin  
Würthg. 4a/7  
1190 Wien